

Die „Volkswacht“
erschien wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition von Braunsberg 24,
und durch Postorder zu beziehen.
Preis vierteljährlich 2.50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen 2.75,
frei und Cassa 2.75.
Der Band besteht aus 12 Hften.
Der Preis des Bandes 28.50.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Expeditionsgeld
betragt für die vierteljährliche
Abnahme über deren Name
25 Pfennige,
für Arbeitsmarkt, Vereins- und
Berufungs-Anzeigen
15 Pfennige.
Kaufverträge 25 Pf.
Anzeige für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 9 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 269.

Donnerabend, den 16. November 1907.

18. Jahrgang.

Das preussische Dreiklassenparlament.

Die augenblickliche Stärke der Parteien im preussischen Landtage, der am 26. November wieder eröffnet wird, stellt sich wie folgt:

Konservative 140, Freikonservative 64, Nationalliberale 75, freisinnige Volkspartei 24, freisinnige Vereinigung 9, Zentrum 95, Polen 13, fraktionslos 8, erledigte Mandate 5. Nach Vollzug der Ersatzwahlen erhalten voraussichtlich die Konservativen zu dieser Zahl noch 2, die Freikonservativen 1, die Nationalliberalen 1, das Zentrum 1 Mandat hinzu.

Interessant dürfte die Tatsache sein, daß von den 428 Abgeordneten des preussischen Landtags nicht weniger als hundert Doppelmandatäre, das heißt gleichzeitig Mitglieder des Reichstags sind, nämlich 28 Konservativen, 9 Freikonservative, 6 Nationalliberale, 8 Mitglieder der freisinnigen Volkspartei, 1 Mitglied der freisinnigen Vereinigung, 36 Mitglieder des Zentrums, 6 Polen und 6 Fraktionslose.

Kein Arbeiter, kein Sozialdemokrat kann in diesem Parlament der Besitzenden die Sache des Volkes vertreten, obwohl 314.000 sozialdemokratische Urwählerstimmen schon im Jahre 1903 die Stimmung des Volkes hinreichend kennzeichnen. Wie lange noch soll es in Preußen hochgeborene und niedriggeborene, bevorrechtete und rechtlose Staatsbürger geben?

Auf zum Sturm gegen das Dreiklassenwahlrecht! In Schlesien finden die Protest-Versammlungen am Dienstag, den 26. November, statt.

Die Staatsstreich-Frucht.

Seit zwei Tagen hat in Petersburg die neue (dritte) Reichs-Duma ihre Funktionen aufgenommen. Sie ist eine raue Frucht des Staatsstreichs vom 16. Juni und mit Hilfe ständischer Rosakriegskämpfer zusammen „gewählt“ worden. Die erste und zweite Duma sind auseinandergejagt worden, um einer Adelsduma Platz zu machen. Die beiden waren die Vertretung der Bauernschaft und des städtischen Kleinbürgertums, die dritte setzt sich dagegen aus Vertretern des Adels und der Bureaucratie zusammen. Die ersten beiden entstanden aus der Revolution und nutzten den Volkswillen zur Sprache bringen. Die dritte Duma verankert ihr Dasein einem Staatsstreich der alten Macht und wird dem Volke ihren Rücken zuzehren. Die ersten beiden strebten, trotz der Vereinbarungsgeilisse der Kabinetten danach, der Bureaucratie und dem Adel die materielle und politische Macht zu entreißen. Beide proklamieren das Prinzip der Zwangsenteignung des Grundeigentums. Die erste Duma forderte dazu ein verantwortliches Ministerium. Sie stützte sich auf die Revolution und wollte sich die alte Gewalt unterwerfen. Die zweite Duma wollte zuerst die Herrschaft des Adels in

den lokalen Körperschaften vernichten. Die dritte Duma ist dazu da, die Herrschaft des Adels zu stärken und an Stelle der Meinherrschaft der Bureaucratie die vereinigte Macht der Gegenrevolution zu setzen.

Seit den Bojarendumabermählungen des moskowsischen Rußland hat das Land nicht ähnliches gehabt.

Die Politik Zwangs des Schrecklichen bestand darin, die Bojaren der Krone von Gottes Gnaden zu unterwerfen. Peter der Erste schuf eine moderne Bureaucratie. Katharina die Zweite machte dem Adel große Liebesgaben, unterjochte ihm die Bauern, trat ihm jedoch keinen Schritt ihrer Herrschaft ab. Im 19. Jahrhundert führt die Regierung einen ununterbrochenen Kampf gegen die Herrschaftsgelüste des Adels. Durch die Bauernbefreiung und besonders durch die Einrichtung der Semstwo wollte Alexander der Zweite die Reste der politischen Macht des Adels vernichten und die Bureaucratie überall zur einzigen Herrscherin machen. Alexander der Dritte hatte allerdings dem Adel die Ortsverwaltungen und die Bauern ausgeliefert. Die Rechte der Ortsverwaltungen wurden jedoch immer mehr eingeschränkt, und jedes Bestreben der Semstwo, eine politische Macht zu werden, wurde als schicksallos unterdrückt. Der Liberalismus der Semstwozeit rührte gerade aus diesem Gegensatz zwischen dem Adel und der Bureaucratie her.

Die Revolution hat nun die Sachlage geändert. Sie hat die absolute Macht der Bureaucratie gebrochen. Sie hat allerdings vorläufig nur halbe Arbeit geleistet. Die politische noch unreife Bourgeoisie war noch nicht imstande, aus dem Sieg des Volkes Nutzen zu ziehen. Im Staatsruder ist jetzt der abgewirrtete Adel. Zum herrschenden gesellschaftlichen Element wurde das Grundeigentum. Die dritte Duma ist somit ein Rückschritt ins graue Mittelalter. Die Zeiten der Leibeigenschaft sollen zurückkehren. Gestützt auf die Duma, wird die Regierung alles zu vernichten suchen, was nur an die Revolution erinnert. Ausnahme Gesetze gegen die Arbeiter, gegen die Presse, Strafexpeditionen in den Dörfern — all das wird jetzt im Namen der Duma vollbracht werden. Der Adel wird in seiner Nachsicht und seinem Siegestrausch nichts schonen.

Der Führer dieser schwarzen Politiker, Kurischewitsch, sagte vor ein paar Tagen gerabazu: „Vor allem erkennen wir nicht an, daß die Duma eine gesetzgebende Macht besitzt, und wir werden bestrebt sein, daß die neue Duma nur eine beratende Bedeutung bekommt. Wir von den rechtsstehenden Parteien gehen in die Duma, nicht um Gesetze zu machen, sondern nur um unserem Kaiser in den schwierigen Zeiten zu helfen. Nach der Hilfeleistung gehen wir auseinander.“ Ein klareres Programm kann man wirklich nicht beanpruchen.

Immerhin aber sind diese Rückwärtsbestrebungen der äußersten Reaktion auf parlamentarischen Wege nicht zu verwirklichen. Die offenen Gegner jeder Verfassung bilden noch keineswegs die Majorität, und ohne Hilfe der gemäßigten Konstitutionalisten werden sie nichts ausrichten können. Das ist deutlich, wenn man sich die ziffermäßigen

Ergebnisse der letzten Wahlen vor Augen hält. Die Duma mit ihren 492 bisher gewählten Deputierten setzt sich zusammen aus: Sozialisten 31 Mandate gleich 7 Prozent; Liberale Demokraten (Kabetten) 101 Mandate gleich 22,8 Prozent; Nationalliberale (Oktobristen) 113 Mandate gleich 25,5 Prozent; die Rechten (acht russische Leute) 171 Mandate gleich 38,6 Prozent; Parteilos 16 Mandate gleich 3,5 Prozent.

Es zeigt sich also, daß selbst in dem Falle, daß die gesamt Rechte aus Freunden der Wiederherstellung des alten Regimes bestehen würde, doch ein verfassungsmäßiges Vorgehen in dieser Richtung ausgeschlossen sein würde. Denn die Oktobristen, die in Rußland die Rolle der Nationalliberalen spielen, werden unter keinen Umständen gegen die Verfassung als solche stimmen. Die Oktobristen sind die Vertreter des industriellen Kapitals, und dieses kann sich unter der Herrschaft des Absolutismus nicht frei bewegen. Sie werden auch zur Durchführung ihrer Wünsche starke Möglichkeiten haben. Sie sitzen in der Mitte und geben den Ausschlag sowohl für die Rechte, wie für die Linke. Wahrscheinlich werden sie auch bestreben, zweierlei Mehrheiten zu bilden. Mit den Kabetten und den Sozialisten werden sie befreundet sein, „liberale“ Reformen durchzuführen, mit der Rechten werden sie in „nationalen“ Fragen zusammengehen. Für die Demokratie entsteht somit die Aufgabe, ihre Politik so einzurichten, daß die Oktobristen möglichst nach links gedrängt und daß ein fester Block zwischen den Oktobristen und der Rechten bereitet wird. Die Linke muß Konzessionen machen, wenn sie auf dem parlamentarischen Gebiet arbeiten will. Wenn eine derartige Politik möglich sein wird, so wird die dritte Duma nicht das Ende des russischen Verfassungslebens bedeuten, wie es die Reaktion wünscht. Sie kann die erste Duma sein, die in Wirklichkeit Gesetze — wenn auch sehr schlechte — zu machen beginnen wird.

Doch ist auch eine andere Entwicklung denkbar. Es ist möglich, daß die Reaktion jeden Weg zur Verständigung vereiteln wird. Dann überläßt die Linke die Duma ihrem eigenen Schicksal. Die Gesetze, die die Reaktion unter sich, ohne Beachtung der Opposition, fertigstellen wird, werden genügen, um die Duma in allen Volksschichten außerordentlich verhaßt zu machen, ihre Autorität wird nicht höher stehen als die der Regierung selbst. An eine ruhige Entwicklung des Landes wird unter diesen Umständen nicht zu denken sein.

Seit zwei Tagen steht nun die schwarze Duma vor den ernsten Gesetzen der modernen Wirtschaftsentwicklung.

Zuerst steht vor der Duma die finanzielle Frage. Die Regierung braucht Geld. Der Adel hat aber nicht einmal vermocht, die Semstwozinsen zu füllen, geschweige die Staatskassen. Eine neue Anleihe ist nötig. Die Adelsduma wird natürlich ihre Zustimmung dazu nicht verweigern. Das internationale Kapital wird aber gerade jetzt kaum gewillt sein, Rußland Geld zu leihen. Die russische Regierung hat ohnehin Wucherzinsen zahlen müssen. Jetzt, bei solchen hohen Diskontsätzen, würden ihr die

Das Fest in Coqueville.

Von Emile Zola.
Deutsch von Henriette Débidé.

Coqueville ist ein winziges Dörfchen, eingezwängt in eine Felsballe, mit wunderhübschen, sich weit ins Meer hinausziehendem Strande.

Von den Anhöhen Grandports, das zwei Meilen weit entfernt liegt, sieht man heulig in den Westen die schöne, gelbe Fläche des Strandes, einer Blut Goldstaubes vergleichbar, die der klaffenden Felsballe entgegen schreit, und mit guten Augen kann man sogar die Häuschen wahrnehmen, die in ihrer rötlichen Farbe wie Kaffee auf dem Felsgestein aussehen; man sieht auch den Schornsteinen bläulichen Rauch aufsteigen, sich hinaufziehen und emporfächeln bis zu den höchsten Spitzen der ungeheuren Steinmassen, die sich hoch in den Himmel hinein aufstürzen.

Coqueville ist ein weltverlorenes, kleines Nest; die Schlucht, an deren Ausgang zum offenen Meere das Dörfchen liegt, ist so steil, so gewunden, so unzugänglich, daß es unmöglich ist, mit einem Wagen hindurchzukommen. Das schneidet fast jeden Zugang ab, und das Dörfchen ist so vereinsamt, als ob es hundert Meilen vom nächsten bewohnten Orte entfernt läge. Seine Einwohnerzahl hat aus der Höhe von zweihundert erreicht. Mit Grandport liegen die Coqueviller zu Wasser in Verbindung.

Da sie fast alle Fischer sind, kommen sie täglich auf ihren Barken und Rähnen hinüber und bringen ihre Fische zum Verkauf. Ein großes Geschäftshaus lauft ihnen seit Jahren ihren jungen Gang in Dampf und Bogen ab, und als der Chef des Hauses starb, führte die Witwe mit Hilfe eines Geschäftsführers das Unternehmen weiter, und der Verkehr mit diesem jungen Manne, Herr Mouchel genannt, der ausschließlich mit den Fischern verhandelte, war das einzige Band, das Coqueville mit der übrigen Welt verknüpfte.

Coqueville würde einen Geschichtsschreiber verdienen. In grauer Vorzeit hat sich dort ein gewisser Mahe mit Weib und Kind, Bruder und Schwägerin niedergelassen, und diese haben die erste Ansiedlung gegründet. Sie müssen wohl nur untereinander gehandelt haben, denn durch Jahrhunderte hindurch gab es im Orte nur Mahe. Und sie gebieten prächtig, bis eines Tages, unter Ludwig XIII., ein gewisser Floche dort erschien. Dieser heiratete eine Mahe und nun vollzog sich ein Wunder: die Floche prosperierten, vermehrten sich und überflügelten in allem und jedem die Mahe, die basierten an

Zahl immerfort abnahmen und deren Vermögen nach und nach in die Hände der Floche überging.

Diese mußten wohl ein frischeres Blut, kräftigere Organe und ein Temperament besitzen, das sich leichter an Wind und Meer gewöhnte; wie dem auch sein mochte, heute sind die Floche die Herren von Coqueville.

Selbstverständlich vollzog sich diese Umgestaltung der Dinge nicht ohne heftige Erschütterungen.

Die Mahe und die Floche konnten einander einander nicht ausweichen, es war ein vielhundertjähriger Fuß, der sie entzweite.

Die Mahe und die Floche konnten einander nicht weichen, sie fühlten sich als die Aristokraten, sie waren die Grünber, die Erben, die Erbschwestern. Sie sprachen voll tiefer Verachtung vom ersten Floche, der, wie sie sagten, ein Bettler, ein Bagabund war, den sie aus Mitleid aufgenommen hätten. Es bildete ihre ewige Verzweiflung und sie konnten sich's nicht vergehen, daß sie die Schwachheit gehabt hatten, ihm eine ihrer Töchter zur Frau zu geben. Die Abstammlinge dieses Floche aber seien nur müde Gesellen, ein wahres Raubgesindel gewesen, einzig darauf bedacht, Erbschaften zu erschleichen und sich auszubreiten. Und es gab keinen Schimpf, mit dem die Mahe nicht den mächtig gebühenden Stamm der Floche überschütteten. Sie empfanden jene ohnmächtige, bittere Rut, welche die dezimierten, ruinierten Adligen gegen die gebühende, rückgewandene Bourgeoisie hegen, welche die Bestzerin ihrer Einkünfte und Schätze geworden ist.

Die Floche ihrerseits spotteten der Mahe. Sie meinten, es stünde ihnen weit besser an, statt sich wie mit einem Königsmantel in ihren Lumpen zu drapieren, dieselben zu flicken, sie schalteten sie elende Hungerleider und drohten, sie ganz aus dem Orte zu verjagen, wenn sie nicht lernen wollten, sich zu beugen. So war Coqueville die Reute zweier wilder, lebensschafflicher Parteien; etwa hundertdreißig Einwohner waren in steter Bereitschaft, über die übrigen fünfzig herzufallen und sie zu vernichten und das nur aus dem einfachen Grunde, weil sie die Stärkeren waren. — Der Kampf zweier großer, Reiche hat auch keine andere Geschichte und Ursache.

Unter den Zwistigkeiten, die in jüngster Zeit ganz Coqueville aufregten, war die berühmte Feindschaft der Brüder Fouasse und Lupain und der erbitterte Streit des Ehepaars Kottopf.

Da es schwer gewesen wäre, sich bei den vielen Kreuzungen der Mahe und Floche auszukennen, bekam ehemals jeder einen Uebernamen oder Zunamen, der heute der richtige Familienname geworden ist; so mochte der Ueber der Mahe Kottopf heißen, was aber die Namen Fouasse, Lupain und vieler anderer betrifft, so weiß man nicht mehr,

was sie bedeuteten, da viele Zunamen mit der Zeit jede vernünftige Bedeutung verloren haben.

Nun, die alte Franziska, die Mutter Fouasses und Lupains — heute eine achtzigjährige Greisin und immer noch hochlauf — war zweimal verheiratet gewesen. Das erste Mal mit einem Mahe, Namens Fouasse, während ihr zweiter Mann Lupain, ein Floche war. Daher der Haß der Brüder, der durch Erbschaftsstreitigkeiten noch vergrößert wurde. Bei dem Ehepaar Kottopf aber gab's Janz und Streit und sogar Prügel, weil der Mann seine Frau Marie beschuldigte, sie betrüge ihn mit einem Floche, dem großen Bräutigam, und zweimal schon hatte er sich mit einem Messer auf den Nebenbuhler gestürzt und gedroht, ihm den Leib aufzuschneiden. Kottopf, ein kleiner fehniger Mensch, war fürchtbar iähsornig.

Aber was Coqueville am meisten in Atem hielt, waren wieder die Wutausbrüche Kottopfs nach die Ungezogenheit Fouasse-Lupain, sondern das war eine Liebesgeschichte: Delphin, ein Mahe, der armsten einer, ein zwanzigjähriger Burche, wagte es, die schöne Margot zu lieben, die Tochter Jopfs, des reichsten der Floche und Maire des Ortes!

Dieser Jopf war wirklich eine bedeutende Persönlichkeit. — Er hieß „der Jopf“, weil sein Vater unter Louis Philipp noch einen Jopf getragen hatte mit der Fähigkeit des Greises, der an den Waden seiner Jugend festhält.

Nun, Jopf war der Besitzer des einen der zwei großen Fischergelände von Coqueville; dieses Boot hieß der „Jopfir“, war ganz neu und festlich. Das andere hieß der „Walfisch“ und gehörte dem Kottopf, es war ein altes verfallenes, untaugliches Schiff; seine Matrosen waren Delphin und Fouasse, während Lupain und Brifemotte die „Mannschaft“ des Jopfir bildeten. Diese letzteren waren unerträglich in Spottreden über den Walfisch, von dem sie behaupteten, daß er nächstens im Wasser zergehen würde, wie eine Handvoll Schlamm.

Als nun der stolze Herr des „Jopfir“, Jopf, vernahm, daß der Habicht Delphin, der „Schiffsjunge“ des Walfisch, sich unterfände, seiner Tochter Margot nachzuschleichen, gab er dieser zwei tüchtige Ohrfeigen, bloß um sie auf diese einfache Weise aufmerksam zu machen, daß sie nie die Frau eines Mahe werden würde. Margot, während, verschlor sich hoch und teuer, daß sie das Paar Ohrfeigen dem Delphin weitergeben würde, wenn er es wagen sollte, ihr nahezu kommen. Das war doch maßrichtig zu arg, daß sie geschlagen werden sollte wegen eines Burche, den sie nicht einmal angesehen hatte! — Margot, die mit sechzehn Jahren stark wie ein Mann und schön wie eine Dame war, fand in dem Ruf großer Spottbarkeit. Und darüber, über die Geschichte der beiden Ohrfeigen, die Mächtigkeit Delphins, den Horn Karrots, gab es endlosen Platz in Coqueville. (Fortsetzung folgt.)

Prozente und Spefen das Kapital verschlingen, wenn ihr auch Geld gepumpt wird.

Eine weitere Frage ist das Agrarproblem, mit dem die industrielle Entwicklung Rußlands eng verknüpft ist. Die erste und zweite Duma scheiterten an der Lösung dieses Problems. Was wird hier eine Ablesung zu sagen imstande sein? Die Regierung glaubte die Agrarfrage durch Verkauf von Land an die Bauern und durch Beförderung der Auswanderung nach Sibirien zu lösen. Der Adel wird auch dagegen sein. Denn er muß ja den landarmen Bauern als Richter oder Landarbeter auf seinen Gütern haben. Der Adel ist schon mehrmals, auch der Agrarpolitik der Regierung entgegengetreten.

So wird die Duma dadurch immer mehr das Land gegen sich aufbringen. Sie wird also die Revolution, gegen die sie die Krone schützen will, nur fördern.

Vollständiger Sieg der Konterrevolution, oder neue siegreiche Revolution! Vielleicht ist der Sieg der Revolution erst möglich nach vollendeter Konterrevolution, wie Marx in seinem Rülner Kommunistenprozeß sagt.

Die Mitglieder der Reichsduma werden dem Zaren, der sie auf einmal zu sehen zu selge ist, gruppenweise vorgestellt werden.

Wie feststeht, wird zuerst eine Deputation des Verbandes der echt russischen Leute (Schwarze Bande) von ihm in Jaroslawo-Siwo empfangen werden. Und dieser Mann, eine Marionette auf dem Throne, herrscht über ein Volk von 150 Millionen!

Petersburg, 14. November. Die Eröffnung der Duma ging unter Aufsicht von circa 400 Polizisten und über 1600 Kosaken vor sich. Nur „ganz zuverlässige“, zarenfromme und brave Journalisten erhielten Zutritt. Der Zar hielt sich weit vom Schuß, da er nicht einmal diese Duma für zuverlässig hält. Nachdem die Minister und die Mitglieder der Duma ihre Plätze im Sitzungssaal eingenommen hatten, betrat Wirklicher Geheimrat Solubew die Rednertribüne und hielt eine phrasenhaltige Rede über den hohen Kaiser etc. Hierauf fand die Vereidigung der Abgeordneten statt. — Nach der Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentenwahl verläßt Solubew seinen Platz, um ihn an Schomjakow, den neuen von der Duma mit den Oskobrischen präsentierten Präsidenten, abzutreten. Schomjakow hält eine kurze Rede, in der er sagt, er habe Vertrauen zu der Duma und zu den Abgeordneten, daß sie den souveränen Willen des Kaisers erfüllen, (1) alle Parteifeindschaft vergessen und dazu beitragen werden, mittelst eines geschäftsbereiten, staatlichen Schaffens in Rußland den Frieden wieder herzustellen. Der Präsident schließt mit den Worten: „Gott siehe Euch bei!“ (Stürmischer Beifall.) Dann stellt er mit, daß laut Gesetz keine Sitzungen abgehalten werden dürfen, bevor nicht der Präsident dem Kaiser vorgestellt ist, und schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt. — Man kann sich die furchtbare Läßigkeit der Duma ausmalen, wenn man hört, wie selbst der Präsident die Duma als gefügiges Werkzeug des Zaren bezeichnet, die den „souveränen Willen“ des Nikolaus „zu erfüllen“ habe. Wir haben sie also ganz richtig tarziert.

Politische Uebersicht.

Militärurteile gegen Untergebene und Vorgesetzte. Folgende Urteile wurden in den letzten Tagen von deutschen Militärgerichten gefällt:

Gemeine.

Zwei Musikiere von der 3. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 46 hatten während des Manövers in der Trunkenheit sich widerrechtlich gegen Unteroffiziere benommen. Vor dem Kriegsgericht der 10. Division entschuldigten sich die der Meuterei Angehörigen damit, daß sie stummlos betrunken gewesen seien. Der Anklagevertreter hält beide der Meuterei, Verharrens im Ungehorsam, tätlichen Antritts gegen Vorgesetzte, Verleugern von Vorgesetzten, Verleumdung und Widerstandes für überführt und beantragt gegen den einen, der als Rädelsführer angesehen wird, eine Gefängnisstrafe von sechs Jahren und gegen den andern eine solche von fünf Jahren zwei Wochen Zuchthaus, sowie Entfernung aus dem Heere. Das Kriegsgericht nahm nicht Meuterei oder militärischen Antritt, sondern nur tätlichen Angriff gegen Vorgesetzte in Verbindung mit den übrigen Straftaten an und verurteilte den einen zu drei Jahren, den andern zu zwei Jahren zwei Wochen Gefängnis.

Landwehrlente.

Im September d. J. waren bayerische Landwehrlente zu einer Uebung nach Pauer Hammelburg in Unterfranken eingezogen. Beim Appell einer Landwehrlompanie bemerkte der Bizefeldwebel Geier, ein scheinbarer Vorgesetzter, eine gewisse Unruhe unter den Mannschaften, worüber er sehr erboste. Er erklärte: „Wenn ich mir solch einen Lausbuben heranziehange, so werde ich ihn.“ Darauf hat der Landwehrgeschworne Landr. Gastwirt aus Würzburg, aus dem Giede treten und eine Bitte vorbringen zu dürfen, was ihm gestattet wurde. Er trat dann einen Schritt vor und sagte in ruhiger Tone: „Entschuldigen der Herr Feldwebel, wir sind Landwehrlente und keine Lausbuben.“ Der Feldwebel ließ ihn sofort abführen und der Kompaniewechsel diktierte dem Anden der Lage Rettung zu. Nachdem die Strafe bereits verhängt war, richtete sie dem Bezirkskommando zu, arznei, es stellte deshalb Antritt vor das Standgericht, das ihn zu 18 Tagen strengen Arrest verurteilte. Hiergegen erwirkten er und der Gerichtlicher Bernhama zum Kriegsgericht, das das Urteil bestätigte und in dem Urteilgründen ausführte: durch eine geringe Strafe konnten selbstverständlich „große Verbrechen“ nicht gestraft werden, deshalb habe die bereits verhängte Strafe nicht angerechnet, sondern nur für ungültig erklärt werden können. Die 18 Tage strengen bleiben bestehen.

Ein Sentenz.

Das Kriegsgericht in Düsseldorf verhandelte gegen den Leutnant Graf Brühl vom 5. Ulanen-Regiment wegen Mißhandlung eines Untergebenen. Während der Verhandlung wurde die Öffentlichkeit ausgeschlossen. Das Urteil gegen den leiblichen Soldatenmissethäter lautete auf — 14 Tage Streckenarrest.

Von der Bestrafung der Grafen Egnar und Hohenau, die ihre Vorgesetztenrechte straflich mißbrauchten, haben wir noch nichts gehört. Die oben Verurteilten wahrscheinlich auch nicht.

Nach 55 Jahre. Gestern waren zehn Jahre vergangen, seitdem der Ober des sibirischen Kommandanten mit dem Landungskorps seiner Schiffe die nördliche Land-

zunge an der Mündung von Kiautschau besetzte und dort unter dem Protest des chinesischen Generals die deutsche Flotte hüllte. Bekanntlich gab den äußeren Anlaß zu diesem Vorgehen die am Allerheiligentage erfolgte Ermordung der deutschen Missionare Henle und Klef von der Mission zu Steyl im Innern von Schantung. Es sollte zunächst gleichsam eine Bürgschaft für die zu zahlenden Sühnegelder in der Hand behalten werden; durch Vertrag mit der chinesischen Regierung vom 8. März 1898 fand jedoch die Erwerbung ihrer offiziellen Anerkennung, indem das Deutsche Reich einen 501 Quadratkilometer großen, von einer 50 Kilometer breiten neutralen Zone umgebenen Landstrich mit 84,000 Einwohnern von der chinesischen Regierung auf 99 Jahre pachtete.

Manche Mission ist in diesen zehn Jahren an die ostasiatische Küste gewandert, die bei uns eine bessere Verwendbarkeit finden können, aber von einem Vorteil, von dem geringsten Nutzen dieses „Stützpunktes“ hat das deutsche Volk bisher nichts wahrgenommen. Auch die Zukunft eröffnet keine günstigeren Aussichten und wenn die kommenden 99 Jahre uns im Verhältnis das gleiche kosten wie die ersten zehn, dann wird hoffentlich eine Generation heranwachsen, die den Chinesen ihre Verbüßung mit Dank vor Beendigung des Kontralles zurückerstattet.

Furcht vor dem Wahlrechtskampf. Es soll, wie der „Hannover. Cour.“ wissen will, nimmehr feststehen, daß dem gegenwärtigen Landtage von der preussischen Staatsregierung ein Entwurf zur Reform des preussischen Landtagswahlrechts nicht mehr vorgelegt werde, diese Reform vielmehr erst die Aufgabe des im nächsten Jahre zu wählenden Landtages sein werde. Wie es heißt, werde sich die Reorganisation damit begnügen, ihre Stellung zur Frage der Wahlrechtsreform in einer Erklärung vor dem Landtage kundzugeben. Bei welcher Gelegenheit und in welcher Form dies geschehen soll, sei noch nicht bekannt.

In Rücksicht auf etwa kommende freisinnige Anträge, meint das nationalliberale Blatt, wäre es angezeigt, wenn die Regierung gleich im Beginn der Session ihre Ansichten über die Wahlrechtsfrage, sei es aus eigener Initiative, sei es in Verantwortung einer aus dem Hause zu stellenden Interpellation kundgäbe.

Die Erörterung der Frage könnte dann leichter in bestimmte Bahnen gelenkt und von positiven Grundlagen aus geführt werden. Noch besser wäre es vielleicht, wenn die Regierung zugleich mit ihrer Erklärung dem Landtage die Einsetzung einer außerparlamentarischen Kommission zur Prüfung der Wahlrechtsfrage und aller dazu gemachten Vorschläge empfände. In diese Kommission müßten natürlich Vertreter der verschiedensten Richtungen berufen werden, die im Verein mit Vertretern der Regierung zu beraten und sich über die Grundzüge der Wahlrechtsreform zu verständigen hätten.

Die außerparlamentarische Kommission könnte dann sehr schön zwei Anliegen mit einer Klappe schließen. Sie könnte die Wahlrechtsfrage für längere Zeit parlamentarisch begraben und gleichzeitig den Wählern bei den nächsten Wahlen Sand in die Augen streuen, indem sie den Anschein erweckt, als ob wirklich in der Wahlrechtsfrage schon etwas geschehen sei. „Geschehen muß etwas“, heißt nämlich der „Hann. Cour.“, wenn nicht die Wahlrechtsfrage die Agitation für die nächsten Landtagswahlen in verhängnisvoller Weise beherrschen solle. Die Regierung müsse Richtung gebend vorangehen.

Danach herrschen in nationalliberalen Kreisen große Beforgnisse, daß die nächsten Landtagswahlen gar zu stark unter dem Einfluß des Verlangens nach dem Reichstagswahlrecht stehen werden. Bei den Feinden dieses Wahlrechts ist das verständlich. Aber sie werden sich irren, wenn sie glauben, eine Regierungserklärung könne der Bewegung die Spitze abbrechen. Wie solche auch lauten möge, darum kommen die Herren nicht herum, daß die Forderung des Reichstagswahlrechts im Mittelpunkt des nächsten Wahlkampfes in Preußen stehen wird.

Ein lohnender Kampfpreis. Der Vorstand des Bildhauerverbandes, eine der bestorganisierten Gewerkschaften, hat soeben ein kleines Werbeheft herausgegeben. Darin sind folgende Ziffern über die Arbeitszeit und die Lohnhöhe der organisierten Berufsgenossen enthalten:

1890: in der Holzbranche 10 Std. 42 M., in der Steinbranche 10 Std. 30 M., in der Modellbranche 10 St. 20 M., 1905: in der Holzbranche 9 Std. 16 M., in der Steinbranche 8 Std., in der Modellbranche 8 St. 18 M.

Es betrug also der Rückgang der täglichen Arbeitszeit in der Holzbranche annähernd 1 1/2 Stunden, in der Steinbranche 2 1/2 Stunden und in der Modellbranche 1 1/2 Stunden.

Auch die Löhne erfuhren eine absehnliche Steigerung. Der durchschnittliche Lohn betrug in Deutschland:

1890: in der Holzbranche 19.58 M., in der Steinbranche 27.42 M., in der Modellbranche 27.10 M., 1905: in der Holzbranche 26.20 M., in der Steinbranche 43 M., in der Modellbranche 43.89 M.

Diese Zahlen bestätigen nicht nur aufs Klarste den Erfolg einer strengen Organisation, sie beweisen auch, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit letzten Endes immer mit einer Erhöhung der Löhne verbunden ist.

Polnische Inseln in Westdeutschland. Die Galatienblätter entrüsten sich über die Stadtverordnetenwahlen in Neulinghausen, von denen sie melden:

Für die Stärke des Polentums im Ruhrgebiet bezeichnend ist das Ergebnis der Stadtverordnetenwahlen in der dritten Abteilung in Neulinghausen. Hier wurden gestern abgehalten: Für die bürgerlichen Parteien 65, für das Zentrum 1768, für die Polen 1058 und für die Sozialdemokraten 300 Stimmen.

Erst holen die Kapitalisten den Polen als Lohnbrüder und willigen Streiftreiber ins Land und wenn er seine heimatischen Sitten, seine Sprache und Ueberzeugung treulich wahr und nicht wie eine deutsche Prinzessin abstreift, die sich ins Ausland verheiratet, dann beginnen die Lohnschreiber dieser Kapitalisten sich über die Stärke des Polentums zu entrüsten. Diese Heuchelei muß selbst vom dümmsten Bauer nicht durchschaut werden! Nebenbei ist es erwähnenswert, daß das Zentrum nicht mehr die

den „bürgerlichen Parteien“ gewählt zu werden, begnadigt sind in den Augen der Konservativen nur noch die Liberalen!

Zahlungsschwierigkeiten im Goldhandel. Die Krise im Goldhandel schon eine Reihe von Jahren erfordert, und zwar wurden ihre Wirkungen durch die Banarbeitslosenverdrängungen in Berlin und einigen anderen Orten wesentlich verstärkt. Bereits im Juli brach die bedeutende Berliner Goldfirma Gustav Cohn zusammen und zog vier kleinere Berliner Firmen und eine bedeutende Stettiner Firma in Mitleidenhaft. Weitere Firmen wurden durch Unterfällung der Goldkäufer Wasser gehalten. Die zunehmenden Geldschwierigkeiten haben die Situation der Goldhändlerfirmen jedoch weiter verstärkt und zwei angesehenen Tangier Firmen, Albrecht u. Co. und P. Goldhaber, sehen sich zur Einstellung ihrer Zahlungen gezwungen. Die Wechselverbindlichkeiten der Firma Albrecht betragen etwa 800,000 M., die der Firma Goldhaber mehr als 1,000,000 M.

Unter dem Verdacht des verführten Landesverrats ist, nach einer Völkerei Meinung des „Damb. Fremdenbl.“ der Meutur Wagen vom 162. Regiment verhaftet worden.

Die neuen Flotten-Ausgaben vom Bundesrat be willigt. In der letzten Sitzung des Bundesrats wurde die Novelle zum Flotten-Gesetz genehmigt. Diese enthält die Herabsetzung der Erlaubnis der Linienfahrzeuge von 25 auf 20 Jahre. Die Herabsetzung bezieht sich mit den bereits gebrachten Angaben. — Für die Ausgaben wäre also geordnet — woher kommen nun die Einnahmen?

Siegreicher Journalistenstreik. Der Journalistenstreik in der zweiten sächsischen Kammer ist durch eine volle Genugthuung des nationalliberalen Abgeordneten Hettner in der Sitzung der Kammer am Mittwoch beendet worden. Hettner hob hervor, daß er nicht die Absicht gehabt habe, den parlamentarischen Verhältnissen in nahe zu treten, da er wohl wisse, unter wie schwierigen Verhältnissen sie arbeiten müßten. — Sein Vorwort hat sich schnell erledigt.

In Sachen der Eisenbahn-Personentaxen wird nach der Münchener „Allg. Ztg.“ nächster Tage in Berlin eine Konferenz von Vertretern der deutschen Bundesstaaten mit Eisenbahnbetriebsräten abgehalten, um sich mit gewissen Unstimmigkeiten des neuen Tarifes zu beschäftigen und sie womöglich aus der Welt zu schaffen. Das Münchener Blatt schreibt dazu anscheinend:

Wenn man nicht versteht, daß es etwas Bedenktliches hat, einen soeben erst vereinbarten Tarif schon jetzt wieder zu ändern, so kann man sich an den maßgebenden Stellen der Notwendigkeit eines solchen Eingriffes doch nicht verschließen. Die Fahrpreise erster und zweiter Klasse sind entschieden zu hoch geworden und haben eine fast vollständige Abwanderung der zahlenden Passagiere zur Folge gehabt. Speziell für Bayern kommt dann noch, wie wir hören, eine Verminderung der allzu weiten Spannung in Betracht, die zurzeit zwischen den Fahrpreisen zweiter und dritter Klasse bei Personenzügen besteht. Man erwägt dabei die Ermäßigung des Fahrpreises zweiter Klasse um 45 auf 35 Pf. pro Kilometer.

Die erste und zweite Klasse hat eine Herabsetzung am nötigsten! Es sind ja die ärmsten Leute, die darin faulen.

Noch ein nationalliberaler Held? Ein nettes Nachspiel zu den Charlottenburger Stadtverordnetenwahlen, bei dem sich Freisinnige mit „unpolitischen“ Nationalliberalen befampten, wird jetzt bekannt. Der verantwortliche Redakteur der „Charlottenburger Tageszeitung“ macht in seinem Blatte die für den Charlottenburger Nationalliberalismus äußerst kompromittierende Mitteilung, daß ihm von einem Stadtverordneten, einem Mitgliede der „Freien Vereinigung“, nach dem Erscheinen des Artikels vom 8. September „Klingender Loh“ versprochen worden sei:

Und zwar sollte dieser Judaslohn die Bedeutung eines Schweigegeldes haben. Denn, so sagt der saubere Herr, der den Beschuldigungsversuch wagt: „Sie brauchen ja nicht für uns zu schreiben, aber schreiben Sie doch wenn i a s t e n s n i c h t a g e n u n s.“

Wie mag der Mann zu der Auffassung gekommen sein, daß er für Geld die Behauptung eines bürgerlichen Redakteurs erlangen kann?

Gesandtenwechsel am päpstlichen Stuhl. Dem bisherigen preussischen Gesandten beim päpstlichen Stuhl, Freiherrn von Potenzen, ist unter Verechtung des Großkreuzes des Roten Adlerordens der erbetene Abschied bewilligt worden. In seinem Nachfolger ist der bisherige Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt, Will. Geh.-Rat Dr. von Wühlbera, ernannt worden. Auch dieser trägt seinen Orden. Der Gesandtenposten am päpstlichen Stuhl ist — mit Verlust a gesagt — hinausgeworfenes Geld. Der Vatikan stellt gar keine völkerrechtliche Macht dar und an ihn „Gesandte“ zu senden, ist der reine Hohn.

Die Verleumdungssklage des Abg. Liebermann v. Sonnenberg gegen seinen antiemittischen Bruder, den früheren verantwortlichen Redakteur der reformerischen „Hessischen Rundschau“, Hermann Wilke, wurde am Mittwoch endlich vor dem Schöffengericht in Kassel verhandelt. Jedoch kam es noch nicht zum Abschluß; vielmehr wurde der Prozeß vertagt, um einige weitere Zeugen zu vernahmen. Bekanntlich sühnt sich Liebermann von Sonnenberg deswegen beleidigt, weil in der „Hessischen Rundschau“ von ihm behauptet worden war, er habe von seinen Wählern gesagt: „Die Schwälmer Bauern seien treu wie die Hunde, aber dreia wie die Schweine.“ Zur Anklage stand auch noch ein anderer Artikel der „Hessischen Rundschau“ gegen den Führer der Deutschsozialen. Der Staatsanwalt hat öffentliche Anklage erhoben, und Abg. Liebermann von Sonnenberg konnte deshalb als Zeuge auftreten. Er bekundete unter seinem Eide, daß er sich niemals in der genannten oder ähnlichen Weise veräußert über die Schwälmer Bauern ausgesprochen hat, niemals jemanden brutal beleidigt habe. Zur Klärung der Frage, ob dem Angeklagten der Schutz des § 193 zu gute kommt, wurde die Verhandlung vertagt.

Sozialistenfreier und Landesverräter. Die Untersuchung gegen den verhafteten bürgerlichen Redakteur Schwara, der sich in seinem Solinger Blatte durch Sozialistenbekämpfung auszeichnet, ist beendet. Die Akten sind nimmehr der Oberkreishausanwaltschaft behufs Erhebung der Anklage auf Hochverrat in 17 Fällen zugestellt.

Sächsisches Vereinsrecht. Polizeilich aufgelöst wurde auf Grund § 20 des Vereinsgesetzes der in Leipzig bestehende anarchistische Disziplin- und Putsch „Freier Sozialist“. — Er hätte das helle Sachsenland auch nicht in die Luft gesprengt, wenn er bestanden bliebe.

Ausland.

Grausamkeiten im Kongostaat. Täglich laufen neue Beweise in den Tageszeitungen über die verübten Gräueltaten im Kongo. Gustav Rouanet, einer der tätigen Sozialisten Frankreichs, gibt einiges über den „Vormarsch der Zivilisation“ bekannt. Herr Gentil, eine der Kreaturen König Leopolds, tritt wie ein Delpot aus dem römischen Zeitalter auf. Er läßt die Neger weichen der unbedeutendsten Kleinigkeit zuschießen. Seine Offiziere denken sich nichts dabei, einen Eingeborenen an das Ufer eines Flusses zu führen und eine Kugel durch seinen Schädel zu jagen, so daß der Leichnam in den Strom fällt und dann zurückkommen mit der Erzählung, daß seine Ordres ausgeführt seien. — Ein Komitee zur Untersuchung dieser Gräueltaten fand die Leberleiböl von 45 Frauen und zwei Kindern, die in 1904 im Auftrag Gentils in einer engen Abtheilung starben. Die ganze Bevölkerung wehlt über die barbarische Grausamkeit in allen Dörfern. — Doch was hat es für einen Zweck, sich über solche „Kleinigkeiten“, dem Ergebnis der Zivilisation, aufzuregen. Der Souverän des Kongoaates, der König der Belgier, der Urheber aller Gräuelt, reißt in aller Gemütsruhe allmählich mehrere Male zu seiner Maitresse, die ihm erst jüngst einen Sohn geboren hat, fährt auf dieser Reize und auf seinen zahlreichen Ertönen nach Paris mit seinem Automobil arbeitende Leute um und läßt sich nicht im geringsten von irgend welchen eventuellen Maßnahmen gegen ihn belästigen und von Stupeln quälen.

Montag, den 11. d. Mts., starb unser Kollege, der Arbeiter
Hermann Schubert
 aus Pilsnitz im Alter von 31 Jahren.
 Sein Andenken werden in Ehren halten 5602
Die Mitglieder des Verbandes
d. Fabrikarbeiter Deutschlands (Zabist, Breslau).
 Die Beerdigung findet Sonntag, den 17. d. M., nachmittags
 3 Uhr, von der Leichenhalle des Pilsnitzer Friedhofes aus statt.

Grösste Auswahl in Trauerhüten
Schlesinger & Goerke, Spezial-Putzgeschäft
Friedrich-Wilhelmstrasse 36.

Wichtig für Hausfrauen!
Röst-Kaffee
 in vorzüglichster Zusammensetzung, 2 Pfd. 78, 98 Pf., 1.18 Mk. um
 sowie sämtliche Kolonialwaren liefert zu auffallend billigen Preisen die
Kaffee-Rösterei
Benno Neumann,
 Central: Friedrich-Wilhelmstrasse 32.
 Filiale I: Friedrich-Wilhelmstrasse 84.
 II: Goldene Madegasse 1.
 III: Börsenstraße 35.
 IV: Berliner Chaussee 139. 4927

Craugott Friedrich
 Friedrich-Wilhelmstrasse 85.
 Bringe allen Schwestern u. Nennern meine
Papier- u. Schreibwaren-Vandlung
 in erweiterter Prämierung.
Zigaretten und Zigaretten.
 - Beste Qualität. - 15029
 Friedrich-Wilhelmstrasse 85.
Irish geröstete Kaffees
 1/2 Pfund 45, 40, 35, 30,
 25 und 20 Pf.
 best. weißer Farin v. Wd. 20 Pf.
 Weizenmehl 00 17 -
 neue Pflanzen 24 -
 ff. Soudungster 25 -
 ff. alter Rum Liter 1,00 Mk.

Franz Gröschel
 Leuthenstrasse 60.
 Auf alle Waren 5% Rabatt.
Paul Kasowsky
Hut-Fabrik u. Lager
 Mützen, Filzschuhe
 - Aufnahme von Reparaturen -
 Mehlgaße 38/40. 5444

Passende Weihnachtsgechenke!
 Waschen, Seilmethode, Legikon, alle
 anderen wünschenswerten Werte gegen be-
 deutend herabgesetzte Preise. - Alle
 Schuh- und Schreibmaterialien liefern
 die Geschäfte am besten in der Stadt und
 Papierhandlung von 5447
Fr. Joachim, Strichstraße 77.

Winter-Paletots
 in größter Auswahl
G. Knauerhase
 Inh.: G. Dehmel
 Neumarkt 45, 5451
 Ecke Kupferschmiedestr.

Zigarren
 bester Qualität
 empfiehlt 4329
J. Blusohke
 Kendorferstr. 64, Ecke Brauerstr.
 Filiale: Löhrstr. 39, an der Sedanstr.

Recht u. billig kaufen Sie Uhren
 und Gold-waren
 besten Kluge
 riesige Auswahl bei
Arnhold Rosenthal
 Schweizer Uhren-Fabrikate
 Breslau, Neue Schmiedstraße 5.
 Silb. Hem.-Uhren v. 10 Mk. an
 Gold. Damen-Uhr v. 15 Mk. an
 für jede Uhr 3 Jahre Garantie



Goldene Trauringe
 8 Karat
 830 gesetzl. gestempelt
 Paar 6, 8, 10, 12, 14, 16 Mk.
 14 Karat
 585 gesetzl. gestempelt
 Paar 20, 22, 25, 28, 30 Mk.
Feinröhl
 830 gesetzl. gestempelt
 Paar 38, 42, 48, 54, 60 Mk.
 Durch Massenanfertigung im
 Grossbetrieb bin ich in der Lage,
 äusserst billig liefern zu können. 5422

Paul Alter,
 Kupferschmiedestrasse 10.
 Bitte auf Firma achten!

Zur Aufklärung!
 Die Schmeißer'schen Zigaretten sind nicht
 wie vielfach irrtümlich angenommen wird,
 als Raub- oder Fälschung für fertige
 Zigaretten, sondern zur wirklichen Herstellung
 derselben ohne irgend welche weitere Zusatz.



Hut-Kanake
 nur gute, reelle,
 Hüte, Qualitäten, für
 Herren und Knaben.
 Mützen, Stöcke, Schirme
 zu billigsten Preisen.
 Ausnahme sämtl. Hut-Reparatur.

Knappenverein „Glück Auf“, Niederhermsdorf
 Sonntag, den 17. November, nachmittags 1 Uhr:
Monats-Versammlung
 im Gasthof zur Vorwerkshütte.
 Beding Anmeldeung der Kinder zur Einbeziehung in das (Sichere) sämtliche
 Mitglieder erfordern. Gleichzeitig werden die Sprengel-Gesellen von der Vorwärts-
 hütte zur Annahme über die Annahme des neuen Knappenscheins-Status eingeladen.
 Der Vorstand. 6601

Schuhwaren
 reell zu solidesten Preisen empfiehlt 5260
Aug. Zingler, Gräbischenerstraße 71.
 Aufsehend erregend billige Preise.
Massen-Ausverkauf.
Büchen, Auletts, Gardinen,
Wachstuche, Barchende, Flanelle, Hemden,
Schürzen, Blusen, Arbeiter-Konfektion
Schuhwaren für Herren, Damen u. Kinder
Dittmar Hamburger,
 Friedrich-Wilhelmstrasse 88. 5322

Gute und billige Schuhwaren
 bezieht man am besten von 5089
Robert Kretschmer,
 Schuhmachermelster,
 Friedrich-Wilhelm-Strasse Nr. 52.
 Grösste Auswahl in eigener Handarbeit, erstklassige Fabrik-
 Schuhwaren, echte russische Gummischuhe, Holzschuhe,
 Filzschuhe sowie Holz- und Sommerfelder Pantoffeln.

Belohnung
 erhält jeder, welcher bei uns
Herren-,
Jünglings-
 oder 5540
Knaben-
Garderobe
 kauft, durch
 reelle Qualität, gute Ausführung,
 billigen Preis.
 Nur eigene Anfertigung.
 Zur
Massanfertigung
 große Stofflager.
 Jede Preisliste.
Karl Dehmel und Josef König
I. F. Eduard Proskauer Nchf.
 Schmiedebrücke 66, ptr., I., II. u. III. Stg.
 Prämiert. - Einzeichnungen.

! Zigarren!
 Gewichte allen Freunden und Be-
 kannten meine Spezial-Prämien im Preise
 von 3, 4, 5, 6 Pf. u. 1. in einer geeigneten
 Verpackung. Alle anderen Zigarren
 Tabak für Zigaretten
 von bester Qualität aus Lager. 5396
 Pechschmied
Paul Peucker,
 Friedrich-Wilhelmstr. 89,
 Nähe der Landwehrstraße.

Schütze's Musikhaus
 (früher J. Plan)
 !! Ring No. 57 !!
Harmonika-Fabrik und
Musik-Instrumenten-Lager
 empfiehlt sein großes Lager von
 sämtlichen 5073
Musik-Instrumenten
 Reparatur-Werkstatt
 aller Musik-Instrumente.

Herren-Anzüge
Herren-Paletots
Herren-
u. Knaben-
Joppen.
M. Steinitz Jr.
 57 Albrechtsstr. 57, Zweites Haus vom Ring
 neben E. Breslauer. Tel. 3604. 5816
Knaben-
Paletots
u. -Anzüge.
 Enorme Auswahl.
 Sehr billige Preise.

Schuh- u. Stiefellager
 in bekannt guter u. reeller Ware
 zu staunend billigen Preisen nur
37 Scheitnigerstrasse 37
Josef Keller. - Bitte genau auf meine
 - Firma zu achten. -
 Alle Reparaturen prompt und billigst. 5087

Wollene Wäsche, Tricotagen etc.
 für Damen, Herren und Kinder
 zu spottbilligen Preisen.
Kaufhaus Rekord
 Breslau, Klosterstraße 11 5597
 Ecke Feldstraße. Ecke Feldstraße.
 Ausgabe roter Rabattmarken

Durch spottbilligen Einkauf
 Herren-Hüte, fleis und weich, von 1.95 an
 Herren- u. Kinder-Mützen
 von 35 Pf. an
H. Schönfeld
Schmiedebrücke 17/18
 Filiale 6 Adalbertstraße 6. 5076

Das grosse Konfektionshaus
Max Silbermann
 Waldenburg — Gottesberg
 empfiehlt für den
Winter
enorm grosse Posten
Herren-, Burschen- und Knaben-Paletots
Herren-, Burschen- und Knaben-Joppen
Herren-, Burschen- und Knaben-Anzüge
Herren-, Burschen- und Knaben-Hosen
Herren-, Burschen- und Knaben-Hüte 5598
Herren-, Burschen- und Knaben-Mützen
 und
sämtliche Herren-Artikel
 in nur erprobt guten Qualitäten
zu unerreicht billigen Preisen.
 Beachten Sie meine Schaufenster.

Eine Rechtfertigung?

Zur Lohnbewegung der niederschlesischen Bergarbeiter erhalten wir aus Fellhammer folgende Zuschrift:

Gevollstetigte Rechte müssen nach dem Verzicht der „Volkswacht“ in Nr. 254 vom 30. Oktober, von O. S. unterzeichnet, die Anknappschaffsälteste gewesen sein, die für das neue Statut stimmten. Es ist niemandem unangenehmer als den Aeltesten selbst, daß nicht mehr zu erreichen war, als das neue Statut vorsieht. Sollte das höhere Krankengeld schon nach dem 1. Januar 1908 gezahlt werden, so hätten die Beiträge zur Krankenkasse mindestens auf 4 1/2 Prozent des Arbeitsverdienstes gesetzt werden müssen. Sollten auch höhere Pensionssätze, als die normierten, festgesetzt werden, so hätten die Beiträge zur Pensionskasse über 2.50 Mark hinaus erhöht werden müssen. Da aber die Werksbesitzer, nach dem neuen Gesetz, auch zur Krankenkasse die gleichen Beiträge wie die Arbeiter zu zahlen haben, und die Beiträge zur Pensionskasse bedeutend erhöht werden müssen, so war bei den Werksbesitzern auch nicht entfernt auf ein weiteres Entgegenkommen zu rechnen. Auch die Beitragszahlung bei den Mitgliedern findet schließlich ihre Grenze. Wie immer die Aeltesten sich zu dem Statut verhalten hätten, allen recht machen konnten sie es auf keinen Fall. Wäre das Statut abgelehnt worden und die älteren Mitglieder hätten bei einem aufkrocherten Statut auf die im vorliegenden Statut vorgesehenen höheren Pensionssätze verzichten müssen, so würden diese den Aeltesten Vorwürfe gemacht haben. So sind wenigstens nur die jüngeren Jahrgänge von der Verschlechterung, die nun etwasi nicht ganz zu umgehen war, betroffen. Hoffentlich werden ihrer nicht viele davon betroffen. Unter solchen Umständen ist es wahrhaftig nicht leicht, Arbeitervertreter zu sein, ohne gefaßt zu werden. Die Schätzungen, die wir durch unsere Verhältnisse den Mitgliedern zugeführt haben, werden wir vor ihnen verantworten. Unser Gewissen ist nicht belastet. Wir wünschen, die Arbeit, die wir leisten, daß er sich um die Bergarbeiter sehr verdient gemacht hat, aber genau so wie er, haben auch die Aeltesten, auch die ungeschickten Vorstandsmitglieder, das Möglichste getan, um den Mitgliedern gerecht zu werden. Und wenn Sie selbst mitberaten hätte, es ist fest, es wäre ihm auch nicht gelungen, ein besseres Statut als das angenommene zu schaffen. Es ist einfach unerhört, die Aeltesten in der Weise, wie es in dem Artikel geschieht, hinauszustellen, als hätten sie Vorteile, die zu erreichen gewesen wären, zu Gunsten der Werksbesitzer einfach preisgegeben. Die Aeltesten haben sich seit Jahren bemüht, Verbesserungen im Anknappschaffswesen zu schaffen. Nun brachte das Gesetz Bestimmungen, die auch die besten Pläne durchkreuzten. Darin stimmten die Aeltesten mit Sie überein, daß die Anknappschaffsreform weiter ausgebaut werden muß, aber er hätte besser getan, wenn er sich einige Reserve auferte hätte, denn es ist auch auf Verbandsseite nicht alles so, wie es sein sollte. Es scheint aber, als hätte man nur den Spalter im Auge anderer, während man den Västen im eigenen Auge gar nicht merkt. Sie hält es als Verbandsvertreter für seine Pflicht, den Mitgliedern mit Rat und Tat beizustehen. Das ist sehr loblich von ihm, er hat auch das Zeug dazu, und wenn er dafür eingetreten ist, daß das neue Anknappschaffswesen den Mitgliedern möglichst viel Vorteile biete, die allen invaliden Arbeiter entsprechend ihren Leistungen entschädigt werden, so ist dies im vorliegenden Statut zum mindesten herkömmlich geworden, was man verbandsfertig nicht behaupten kann. Dort soll Sie einsetzen und auch rufen, daß nicht alle Verbandsvertreter, die im Dienste des Verbandes ergraut sind, die mit einem Vienenreise für den Verband tätig gewesen sind, nicht, wie geschehen, nachdem sie alt geworden, einfach an die Wand gedrückt und fast gestrichelt werden. Die Aeltesten bei ihren Wählern in Mißtraut zu setzen, als hätten sie ihre Pflicht vernachlässigt, ist nicht schwer, besser machen hingegen ist schon schwieriger. Auch sagt S., der Verband hätte rechtzeitig mit seiner Klärungsarbeit eingeleitet. Da tritt er. Gewiß, Flugblätter sind massenhaft verbreitet worden, aber von auffällendem Inhalt war in ihnen nichts zu finden. Aber die Flugblätter aufmerksam gelesen hat, der wird in ihnen keine Klärung, wohl aber eine wüste Schimpferei gefunden haben. Sie hätte vorzüglich auffallend wirken können, wenn er auf die Hauptursache, die die Verschlechterung des Statuts mit sich gebracht hat, rechtzeitig eingegangen wäre, nämlich die Einführung der Freizügigkeit und die Forderung des Gesetzes, die dauernde Erfüllung der Pensionsklassen herbeizuführen. Das waren die wunder Punkte, über die die Mitglieder aufgeklärt werden mußten. Hier ist verbandsfertig nicht alles geschehen, was doch sehr notwendig gewesen wäre.

Wilhelm Bergmann, Anknappschaffsältester.

Auf diese Rechtfertigung und Anklage schreibt uns Genosse Sue:

Erstens bin ich nicht verantwortlich für die mangelhafte Klärung der Anknappschaffsälteste. Ich bin erst am 18. Oktober in das niederschlesische Anknappschaffsgebiet gekommen und habe bis zum 28. Oktober nicht weniger wie 14 Versammlungen und Konferenzen abgehalten. Aeltester W. B. sagt ja selbst, daß ich mich nach Möglichkeit um ein besseres Statut bemüht habe. Ich bin allerdings der Meinung, daß insbesondere die Anknappschaffsälteste weit eher Alarm schlagen und mehr für die Klärung und Klärung der Sprengelgenossen tun mußten, als geschehen. Die wichtigsten Aeltesten hatten regelmäßige Spitzingversammlungen ab. Zweitens habe ich kein Flugblatt mit Schimpfereien geschrieben, ich habe überhaupt kein Flugblatt für Niederschlesien geschrieben. Das von unserer Bezirksleitung herausgegebene enthält auch keine Schimpfereien, sondern gibt eine kräftige Antwort auf die gegnerischen Pläne und Verleumdungen. Wenn der Aelteste W. B. sich über Schimpfereien erheben will, warum nimmt er sich denn nicht das beispiellos gehässige Flugblatt vor, das herausgegeben ist, um die Anknappschaffsälteste einzuflecken? Drittens habe ich nichts zu tun mit einer angeblichen „Verdrängung von Veteranen des Verbandes“. Ueberhaupt wird im Verbands nicht lieblos gegen alle Mitkämpfer gehandelt. Ich selbst würde am liebsten dagegen Front machen. Wenn Aeltester W. B. einen bestimmten Fall im Auge hat, so beweist gerade dieser Fall das Gegenteil von dem, was W. B. sagen will. Der Betreffende, ein guter, alter Freund von mir, soll nur an eine andere Stelle versetzt werden, ohne den geringsten finanziellen Verlust zu erleiden. Solche Verdrängungen kommen bei uns im Verbands sehr häufig vor; auch ich bin genötigt, wochenlang einmal in diesem, dann in jenem Kreis zu sein, während ich lieber zu Hause bliebe. Der Gewerkschaftsdienst ist kein leichter Dienst, das werden mir alle Verbandsangehörigen bezeugen. Wird nun der eine oder andere aufgefordert, im Interesse der Organisation an einer anderen Stelle zu wirken, so kann man durchaus nicht von „Verdrängung“ oder „an die Wand drücken“ reden. Nicht was dieser oder jener gerne macht, ist entscheidend, sondern was das Interesse der Gesamtheit fordert. Der Betreffende, den W. B. jedenfalls meint, würde an dem ihm angebotenen neuen Arbeitsplatz auch nicht einen Pfennig Einkommen weniger haben! Ich hoffe, daß mein alter Freund sich die Sache doch noch überlegt und das gute gemeine Anerbieten annimmt. Viertens mache ich keinem Menschen, von dem ich es nicht genau weiß, den Vorwurf der Gewissenlosigkeit. Es fällt mir nicht ein, die Aeltesten, die für den Entwurf stimmten, „gewissenlos“ zu nennen. Aber mindestens unklug haben sie gehandelt. Die organisierten Aeltesten, die in den vertraulichen Vorbesprechungen anwesend waren, dort sich gegenseitig unterschrieben (!) verpflichteten, nur mit Ja zu stimmen, wenn die vereinbarten Mindestforderungen bewilligt waren, trotzdem aber das Statut ohne die bewilligten Mindestforderungen annahmen, diese Aeltesten haben ihr Wort nicht gehalten. Das beruht auf ich. Was zu erreichen war oder nicht, was das striktierte Zwangsstatut unbedingt bringen mußte und was nicht, das alles ist mir so gut bekannt wie den Aeltesten. Ich behaupte und bleibe dabei, hätten die Werksbesitzer mit einem hartnäckigen Widerstand rechnen müssen, das Statut wäre für die Invaliden und Witwen besser geworden. Das Gespenst des Zwangsstatuts hat leider zu vielen Aeltesten Furcht eingelegt, obgleich die Behörde, nach den Erklärungen kompetenter Regierungsvertreter, in dem Zwangsstatut dieselben Gesamterfordernisse wie die des alten Statuts vorschreiben müßte. Von der jetzt beschlossenen Pensionsherabsetzung werden über ein Drittel der neuen Invaliden betroffen. Das ist doch keine Kleinigkeit. Leider muß ich sagen, unter den Aeltesten befinden sich auch solche, die für sich den Titel „emancipierte Arbeitervertreter“ beanspruchen, die aber sogar am liebsten für Verbehaftung des Wahlrechts stimmten. W. B. gehört nicht dazu, aber er weiß, daß ich recht habe. Wo solche Aelteste eine sogar führende Rolle spielen, da braucht man sich über das Verhalten der Werksbesitzer nicht zu wundern. Wenn verbandsfertig in den letzten Wochen vor der Generalversammlung nicht eine so intensive Agitation getrieben wäre, dann würde das Statut noch schlechter ausgefallen sein. Wie mir W. B. bekräftigt wird, kreisförmig würde es einen viel besseren Eindruck gemacht haben, wenn sich sämtliche organisierten Aeltesten an den Beschluß ihrer Vorkonferenz gehalten hätten.

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratische Erfolge.

Vielefeld, 13. November. („Vorwärts“) Gestern und heute fanden hier die Stadtvorordneten-Wahlen statt, bei denen unsere Genossen einen glänzenden Sieg errangen. Während wir bisher zwei Mandate der dritten Abteilung im Besitz hatten, sind jetzt alle sechs Mandate der dritten Abteilung durch Sozialdemokraten vertreten. Für unsere Genossen wurden 3880 Stimmen abgegeben, die Liste der Liberalen erhielt 700 und die national-liberal-konfessionelle Liste 1150 Stimmen. Essen a. d. Ruhr, 13. November. („Vorwärts“) Bei den heute abendeten Stadtvorordneten-Wahlen der dritten Abteilung siegten die Sozialdemokraten mit rund fünftausend Stimmen über die bürgerlichen Kandidaten, die etwa die Hälfte der sozialdemokratischen Stimmen erhielten. Unsere Genossen gewannen vier Sitze und sind nunmehr im Besitz der sämtlichen 15 Mandate der dritten Abteilung. (Für einen Teil der Auflage wiederholt.)

Belohnte Arbeit. Die im Oktober in Groß-Berlin abgehaltene Verbreitung einer Extraummer des „Vorwärts“ und die Gewinnung neuer Leiter des Parteizentralorgans hat nach einer Zusammenstellung des Verbandsbüros der Berliner Wahlvereine einen Anknappschaffswachstum von rund 12.000 ergeben. Damit ist ein Teil der Pläne, die sich nach aufregenden Wahlkämpfen immer einstellen, wieder ausgefüllt.

Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung. Von Karl Kautsky. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin S.W. 68. Preis 1 Mark, Agitationsausgabe 50 Pfennig.

Die vorstehende Broschüre verhandelt ihre Entstehung den Verhandlungen des Stuttgarter Internationalen Kongresses über die Kolonialpolitik. Bekanntlich lagen dem Kongress zwei verschiedene Resolutionen vor, von denen die erste nicht jede Kolonialpolitik ohne weiteres verurteilt, während die andere jede Kolonialpolitik unter dem bestehenden kapitalistischen Regime ablehnt. Aus dem Inhalt haben wir hervor: Positive Kolonialpolitik. — Die Ethik der Kolonialpolitik. — Die Arbeitskolonien. — Ausbeutung alten Süds. — Ausbeutungskolonien neuen Süds. — Gewalttätige oder friedliche Abwanderung. — Der notwendige Durchgang durch den Kapitalismus. — Der Rückfall in die Barbarei. Anhang: Ein Brief von Friedrich Engels.

Arbeiterbewegung.

Die Berliner Steinarbeiter beschlossen, in Rücksicht auf die im Anzuge befindliche Krise von einer Kündigung des Tarifes für Sandfeinarbeiten Abstand zu nehmen. Der Tarif bleibt demnach bis Ende Februar 1910 weiter in Kraft.

Der nächste Verbandstag der Steinarbeiter Deutschlands wird nach einem Beschlusse des Hauptverbandes und Ausschusses am 6. April 1908 und folgende Tage in Halle im Gewerkschaftshaus abgehalten werden. Die vorläufige Tagesordnung lautet: 1. Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten; 2. Bericht des Vorstandes; a) Geschäftsbericht, b) Kostenbericht, c) Presse; 3. Streik und Tarifwesen (Referent: A. Staubinger); 4. Agitation (Referent: F. Biemin); 5. Organisation (Referent: G. Walter); 6. Statistik (Referent: G. Siebold); 7. Bericht vom internationalen Kongress (Referent: F. Starke); 8. Allgemeine Wahlen; 9. Anträge, welche durch obige Tagesordnung nicht erledigt sind.

Die Lohnbewegung im Buchbindergewerbe in Kiel ist beendet. Unternehmer und Arbeiter haben einen Lokutarif, der die von den Gehilfen geforderte Vorkörnung und Verfrüherung der Arbeitszeit enthält, bis zum 31. Oktober 1910 abgeschlossen.

Aussperrung in Wina. In Wina begann in diesen Tagen die Aussperrung der Schneider- und Handschuhmacher. Auf den allgemeinen Versammlungen der Schuhmacher der mecklenburgischen Schuhfabriken wurde beschlossen, den streikenden Schneidern und Handschuhmachern 5 Prozent des von den Schuhmachern erhaltenen Lohnes zu überweisen.

Streitigkeiten in der Gutbranche in England. Eine erste Lage ist in Verbindung mit dem Gutabsturz in Denton bei Manchester eingetreten. 2700 Arbeiter, Männer und Frauen, sind an diesem beteiligt. Bei der jüngsten Versammlung von Arbeitgebern wurde beschlossen, daß, wenn bis zum 16. d. M. der Streik nicht beigelegt sei, sämtliche Arbeiter in den Stadtportwerken aussperrt werden.

Kunst, Wissenschaft und Technik.

Exzellenz Koch. Professor Dr. Robert Koch ist „wegen seiner Verdienste um die Erforschung und Bekämpfung der Schlangkrankheit“ zum Bisköflichen Geheimen Rat mit dem Prädikat „Exzellenz“ ernannt worden. — Robert Koch wird nach wie vor als simpler Robert Koch, ohne den neuen Titel, keine Bedeutung als Verleiher der Wissenschaft behalten. Und gegenüber bedurfte es für Robert Koch des Titels nicht. Und er selbst wird sicherlich auch ohne diesen Titel von sich nicht geringere denken.

Elektrizität in der Landwirtschaft. Das Nieren-Elektrizitätswerk im Züricher Birmore wurde dieser Tage in Betrieb genommen, zuerst zur Herstellung elektrischen Lichts und jetzt auch zur Bewegung elektrischer Flüge zur Unterabstützung des Dehländs. In der Hauptstadt kommt das Werk der Landwirtschaft zu gute, doch stehen auch bereits die Städte Gmünd, Leer und Wilhelmshaven mit ihm bezug. Der königlichen Domänen-Verwaltung werden Abnahme elektrischen Stromes für Kraft und Licht in Unterabstützung. Die ganze Anlage kostet den Staat 360.000 Mk.

Strassenwäsche auf elektrischem Wege. Die erste elektrische Strassen-Waschmaschine ist in Berlin zu sehen. Diese neuen Maschinen haben gegenüber den jetzt noch gebräuchlichen, mit zwei Rädern bespannten Waschmaschinen große wirtschaftliche Vorteile. Sie ersetzen Sprengwagen, Rechenmaschinen und Arbeiter mit Summischubbern. Sie sprengen und reinigen gleichzeitig und trocken die gereinigten Strassen, ganz gleich ob diese mit Asphalt, Holz, Macadam, Wiener Pflaster etc. belegt sind, sofort wieder. Eine Riestreckung ist also in vielen Fällen überflüssig. Durch den Fortfall der Verpannung wird die Verwaltung unabhängig von dem Fernunternehmer, und die Maschine kann ununterbrochen arbeiten. Während mit den bisherigen Waschmaschinen etwa 35 bis 40.000 Quadratmeter Fläche in einer Stunde gereinigt werden, können mit diesem elektrischen Automobil 75 bis 100.000 Quadratmeter in derselben Zeit verkehrsfähig gemacht werden.

Drahtlose Telegrafie. Zwischen dem in Italien von Agnes von Kaiser liegenden Dampfer „Republique“ und dem von London ankommenden Dampfer „Jules Ferry“ wurden gestern angegebene Verbindungen mit drahtloser Telegrafie vorgenommen. Die Verbindungen sind zu günstigen Resultaten und die Telegrafen liefern in so klarer Weise ein, daß die ausländischen Behörden überzeugt sind, daß auch auf bedeutend größerer Entfernungen drahtlose Telegrafen abgemittelt werden können.

Aus der Welt.

Ueberall Wassermangel. Infolge des im Sommer noch andauernden Regenmangels haben Mexiko und Kolumbien...

„Nora“ oder „Ein Puppenheim“.

Eine Einführung.

Weder sollen die folgenden Zeilen eine ausgetiffelte kritische Analyse des dichterischen Gehalts des Werkes unseres größten Dramatikers der neuesten Zeit bieten, noch bezwecken sie eine rodenre Inhalts-Wiedergabe. Die letztere erübrigt sich schon deshalb, weil gerade in „Puppenheim“ die tatsächlichen Vorgänge in einer geschlossenen Knappheit und überzeugenden Klarheit vor unseren Augen erstehen, die in nichts an die mythische und symbolische Kraft gemahnt, die uns Ibsen in der letzten Periode seiner Schaffens öfter vorsetzt.

Es soll hier nur an einige Daten erinnert werden, und ein paar Bemerkungen mögen sich anschließen, die ihren Zweck nicht verfehlt haben werden, wenn sie diesen oder jenen unter uns anregen, sich auch mit den anderen Schöpfungen des großen Norwegers zu befaßen.

Es ist klar: Man muß das gesamte Schaffen Ibsens als ein zusammenhängendes Ganzes begreifen, man muß es als eine fortgesetzte Linie betrachten. Mit anderen Worten: Probleme, die hier kurz angebeutet werden, Gedanken, die wir hier flüchtig skizzieren finden, werden in späteren Werken wieder aufgenommen, erweitert, vertieft und in den Vordergrund gerückt.

So finden wir beispielweise in dem „Stügen der Gesellschaft“, die 1877 erschienen und noch früher schon im „Lund der Jugend“, den Gedanken der Gleichberechtigung der Frau auszusprechen, der dort in Dona Hessel feste Form annimmt. Im „Puppenheim“ — oder „Nora“, wie das Stück in Deutschland betitelt wird — ist das Schwergewicht auf das sittliche Recht der Frau in der Ehe gelegt. Es ist die Entwidlungs-Tragödie der nach Befreiung und Selbstständigkeit ringenden Frau, die sich dagegen auflehnt, länger als Spielzeug behandelt zu werden. Sie will nicht mehr die Puppe des Mannes, die dutzende Gattin sein, sie lechzt nach Mitverantwortlichkeit. Um mit Herz zu reden: „Nebengang der Verheirateten“. Sie erwacht zur Erkenntnis und da — rasch man keine Matrone mehr. Aber auch das Liebesideal ist dahin, dahin in dem Augenblick, als sie, auf die Opferfähigkeit und Stärke ihres Gatten bauend, auf den nachts ergebnislos steht. Ausgedrückt sind die acht Jahre glücklichen Zusammenlebens aus ihrem Gedächtnis, und mit einem Schaudern der Seele sieht sie den Grund klaffen, der sich zwischen ihnen aufgetan. Es gibt nur zwei Wege für Nora. Entweder sie sucht sich abzuhängen, mit dem Geißel der Fremde, das in ihrem Herzen flack geirrt hat, sie hält aus an der Seite ihres Gatten, den sie nicht mehr lieben kann — und sein Aweifel: Tausende von Frauen, denen es ähnlich in der Ehe ergeht, wie Nora, wählen diesen Weg — oder aber sie verläßt ihn, verläßt das Haus und ihre Kinder. Nora wählt das Letztere. Seit dem ersten Erscheinen dieses Werkes, das auf Veranlassung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft den Genossen am kommenden Sonntag als Volk-Vorstellung geboten wird, sind nun fast drei Jahrzehnte verstrichen. Da ist es verständlich, daß der geistige Jdeengehalt des Schauspiel (das eigentlich gar kein Schauspiel im hergebrachten Sinne ist), uns heute keine neuen Wahrheiten mehr bietet. Ich meine, wir sind mit den Jahren aus dem Stadium der rein theoretischen Diskussionen über die Gleichberechtigung der Frau herausgekommen, wir sind drauf und dran, in eine Zeit hineinzuleben, in der die Lösung des Problems, das Ibsen in seinem Werke als dichterischer Vorwurf dient, in den Bereich praktischer Möglichkeiten tritt.

Das ist ähnlich in der Ehe ergeht, wie Nora, wählen diesen Weg — oder aber sie verläßt ihn, verläßt das Haus und ihre Kinder. Nora wählt das Letztere.

Seit dem ersten Erscheinen dieses Werkes, das auf Veranlassung des Bildungsausschusses der Breslauer Arbeiterschaft den Genossen am kommenden Sonntag als Volk-Vorstellung geboten wird, sind nun fast drei Jahrzehnte verstrichen. Da ist es verständlich, daß der geistige Jdeengehalt des Schauspiel (das eigentlich gar kein Schauspiel im hergebrachten Sinne ist), uns heute keine neuen Wahrheiten mehr bietet. Ich meine, wir sind mit den Jahren aus dem Stadium der rein theoretischen Diskussionen über die Gleichberechtigung der Frau herausgekommen, wir sind drauf und dran, in eine Zeit hineinzuleben, in der die Lösung des Problems, das Ibsen in seinem Werke als dichterischer Vorwurf dient, in den Bereich praktischer Möglichkeiten tritt.

Doch das bellüßig. Aber man vergegenwärtige sich einen Augenblick, was es hieß, damals, vor einem halben Menschenalter, bereits das Problem in seiner ganzen Tragweite aufzurollen! Das war eine Erobtart ersten Ranges, für deren richtige Beurteilung uns Nachfahren noch vielfach das volle Verständnis ermangelt.

Und der geteilte Erfolg bewies denn auch leider nur zu deutlich, wie weit der nordische Meister seiner Zeit vorausgeklüßelt war. Selbst Männer von der Bedeutung eines Heinrich Raabe bemühten sich bei dem Dichter um einen „persönlichen“ Schluß, in den Ibsen — was immerhin Fremden erregt — schließlich einwilligte.

Ueber diese „Abschwächung“ läßt sich der Dichter 1891 bei gegebener Veranlassung in einem Briefe folgendermaßen aus: „Zu der Zeit, als das „Puppenheim“ noch neu war, habe ich noigendermaßen meine Einwilligung dazu gegeben, daß der Schluß für Frau Hedwig Niemann-Raabe, welche die Nora in Berlin spielen sollte, geändert wurde. Aber damals gab es für mich keine Wahl. In literarischer Beziehung war ich ja in Deutschland rechtlos, und konnte also nichts verhindern. Und außerdem lag das Stück in seiner ursprünglichen Form, also unentbehrlich, vor, und war dem deutschen Publikum zugänglich durch die deutsche Ausgabe, die damals schon gedruckt und im Buchhandel erschienen war.“

Mit dieser Motivierung wird die Einwilligung des Dichters zur Änderung des Schlußes einigermaßen verständlich. Doch hielt sich das Stück in dieser Form nicht lange auf dem Repertoire. Erst auf Veranlassung Ernst von Hoffmanns, des damaligen Leiters des Münchener Hoftheaters, wurde dieser verballhornte Schluß fallen gelassen und in seiner ursprünglichen Gestalt feierte dann das „Puppenheim“ seine großen deutschen Erfolge.

schwerer werden sollen. Man glaubt, daß diese ein- und 8000 Leute brotlos machen wird. — Eine Konferenz des Ausschusses der Müller-Baumwollspinner-Association und der Vertreter der Vereinigten Association der Wollspinner wurde vor einigen Tagen in Manchester abgehalten, um über eine Lohnverbesserungsforderung der Wollspinner in Dänemark zu beraten. Die Arbeiter von etwa siebzig Mühlen kommen hierbei in Betracht und wollen diese, falls eine Erhöhung nicht zustande kommt, am 23. November in den Ausstand treten.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 15. November.

Geschichtskalender.

15. November.

- 1680 Der Astronom Johannes Kepler in Regensburg t.
- 1788 Der Astronom Friedrich Wilhelm Bessel in Hannover t.
- 1741 Der Schriftsteller Joh. Kaspar Lavater in Zürich t.
- 1787 Der Komponist Christoph Willibald Gluck in Wien t.
- 1906 Die sozialdemokratische Parteischule in Berlin eröffnet.

Aus dem Stadtparlament.

Zu Anfang der gestrigen Sitzung sah es nicht danach aus, als ob sie eine von den großen in der Reihe ihrer Schwestern werden sollte. Saal wie Zuhörerraum waren nur schwach besetzt. Eine der wichtigsten und für uns interessanten Vorlagen, die über die Krankenversicherung der Heimarbeiter, mußte — wie der Vorsitzende bald mitteilte — von der Tagesordnung abgesetzt werden, da der Magistrats-Dejournant, Stadtrat Mark, wegen Krankheit der Sitzung ferngeblieben war.

Am ionischen Einerlei lösten sich Referat und Abstimmung lange Zeit hindurch fast ohne jede Unterbrechung ab. Nur zu einzelnen Anfragen ergriffen verschiedene Stadtväter kurz das Wort. So wollte Herr Brinke gern etwas über das Schicksal des Schottländer-Vertrages wissen. Bereitwillig gab ihm der Oberbürgermeister dahin Auskunft, daß der Vertrag sich noch bei Herrn Schottländer finde. Herr Stein muß also mit der Befriedigung seiner Neugier nach warten. Eine kleine Verulkung der Bestrebungen auf Erhaltung von Alt-Breslau wollte Herr Hamburger sich damit leisten, daß er den Magistrat antrug, ob das zum Ankauf empfohlene Haus auf der Weißgerbergasse etwa zur Erhaltung oder aber zur Niederlegung bestimmt sei. Der Oberbürgermeister konnte die Vorzüge dieses Fremdes der Moderne verneinen, indem er ihm mitteilte, daß der Magistrat das Haus abbrechen will. Dasselbe Abbruch aber hat unsere Stadtverwaltung nicht bezüglich des vielumstrittenen Häuschens am Elisabeth-Kirchplatz; deswegen hat sie trotz des Beschlusses der Stadtverordneten-Versammlung auf den Ankauf verzichtet, wie Herr Jinger auf seine Anfrage hin erfuhr.

Am 15. November fanden eine ganze Reihe wichtiger Vorlagen statt. Wir erwähnen aus ihrer Zahl folgende: Genehmigt wurde die Deckung eines Fehltrages von 16,000 Mk. in der Steuerkasse, der bis zum Jahre 1895/96 zurückgeht und auf Budgetmehrer zurückzuführen ist; desgleichen der Bau einer Feldscheune in Dömitz als Ersatz für die beiden am 1. Juli abgebrannten Scheunen auf dem Dömitz-Gutshofe mit einem Kostenaufwande von 5347 Mk., die der 12,964 Quadratmeter betragenden Grundstücke abgenommen werden sollen. — Auch die bei der Einweihung der städtischen Gasanstalt IV in Pirna am 3. Januar d. R. gegenüber dem vorerwähnten Platz von 1000 Mk. entfallenden Mehrkosten von 1149 Mk. wurden einstimmig genehmigt. — Zugestimmt wurde der Abänderung des Luftlinienplanes für das Grundstück Forderstraße 14, Palmstraße 10, die eine Befahrung des jetzt vorhandenen Vorgartens vorstellt, ebenso dem Erwerb einer 1654 Quadratmeter großen Fläche an der Kirchallee von den Kaufleuten Hamburger und Laßmann zum Preise von 10,540 Mk.; dem Erwerb von 850 Quadratmeter Land vor der Grundröhre der Goethestraße in die Bohrerstraße für einen Schmuckplatz zum Preise von 5100 Mk. (6 Mark für das Quadratmeter) von Kaufmann Brieger und Kaufmann von 1321 Mark an den Kaufmann Brieger zu den Kosten der Freilegung des bisher als Erweiterung des Goethestraßenplatzes zwischen Gottschalkstraße und Bohrerstraße. — Beschlossen wurde schließlich der Ankauf der Grundstücke Malergasse 5 (29 Quadratmeter) und 12 (23 Quadratmeter) zum Preise von 12,000 Mk. und 10,000 Mk.; ferner der Grundstücke Weißgerbergasse 38 (85 Quadratmeter) 16 (30 Mk.) Ra: 133straße 23, Eisenradstraße 15 — Korstian 4 (25) Quadratmeter 115,000 Mk.).

Bei der Vorlage über den Ankauf des Hauses am Karlsplatz trat im Gegenstande zum Stadtrat Stein, der den Ankauf nicht für dringend hielt. Genosse Löbe entgegnete für den Ankauf und sofortigen Abbruch ein, da die gegenwärtigen Verhältnisse am Karlsplatz für die Wohnanten gerade eine Lebensgefahr bedeutet. Die Vorlage über die Mehrkosten des Um- und Erweiterungsbaues der Gasanstalt I an der Siebenwundenstraße im Gesamtbetrage von 148,055 Mk., die ursprüngliche Veranschlagung betrug 553,000 Mk., ging an den Ausschuss V und

die Magistratsvorlage betreffend Wahl des zweiten Bürgermeisters an den Ausschuss I.

Der Verteilung des Ueberschusses der städtischen Sparkasse für 1906 in Höhe von 654,693.08 Mk. wurde in folgender Weise zugestimmt: für das allgemeine Sicherheitsvermögen 827,846.63 Mk., für die mit der Sparkasse verbundene Altersspargasse 20,000 Mk., für die Sparkasse 4750 Mk., zur Verteilung an wohlthätige Vereine und Anstalten 20,000 Mk., für den Ersten Vorkurs der Sparkasse als Darlehen 10,000 Mk., für die Verwaltung des Volksschulwesens an Schulhausbauten 272,597.53 Mk. empfiehlt Ausschuss II zu genehmigen. Bei dieser Gelegenheit erklärte der Referent Stadtrat Friedrichthal, daß eine Erhöhung des Zinsfußes umwägbar sei, da in Zeiten von schwieriger Finanzlage der Reservefonds starke Zuwendungen erfordert, um die bestimmt zu erwartenden Kursverluste tragen zu können.

Die Grundstücke Ostschl. Nr. 15, 120 und 17 von zusammen 87 Hektar 32 Ar 44 Quadratmeter sollen zum Preise von 3000 Mk. für den Morgen ankauf werden. Die Ausschüsse II und IV empfehlen, den Magistrat zu ersuchen, in nochmalige Verhandlungen zu treten, um eine Ermäßigung des Preises auf etwa 2500 Mk. für den Morgen zu erzielen. Die Versammlung beschloß nach dem Antrage der Ausschüsse.

Erst mit der letzten zur Beratung gekommenen Vorlage wurde es lebendig im Saale. Es handelte sich hier darum, daß für die noch nicht beendeten Filterbauten am Meißendamm die Kosten nicht ausreichten. Sie waren ursprünglich auf 765,000 Mk. festgesetzt, dann kam der Magistrat mit einer Nachbewilligungsforderung in Höhe von 203,000 Mk. und ehe noch diese Vorlage aus dem Ausschuss I's Plenum zurückgekehrt war, gab es schon wieder eine Nachtragsforderung von 65,000 Mk. Der Referent Höffer, der sich bemühte, diese Ueberschreitungen zu erklären und sie auf Preissteigerungen für Beton und Filtermaterial, sowie auf Lohnerhöhungen zurückzuführen. Er beantragte Ueberweisung an die Ausschüsse II und V. Indessen seit der großen Katastrophe im April vorigen Jahres haben Wasserfragen die Gemüter aller berufenen und unberufenen Kommunalpolitiker in unserer Stadt leidenschaftlich erregt und es wäre schließlich wunderbar gewesen, wenn die Herren von der Freien Vereinigung die Gelegenheit hätten vorübergehen lassen, wieder einmal vor den Augen der bewundernden Spießer im Glanze des Wächters des Gemeinwohls zu strahlen.

Aber ganz wollten die Liberalen, bei aller schuldigen Rücksichtnahme auf den Magistrat, ihren Konkurrenten aus dem schwarzen Lager jenen Ruhm doch nicht lassen, und so kamen sie ihnen zuvor. In ihrem Namen verkündete Herr Bohlaue, daß auch seinen freisinnigen Parteifreunden alles daran gelegen sei, die Ursachen der auffälligen Erscheinungen, die in der Wasserfrage geseigt worden sind, streng unparteiisch zu ergründen. Dann aber erhob sich Herr Nitschke — Verzeihung: Herr Stadtverordneter Dr. Nitschke — zu mächtigem Rebekampfe gegen den Oberbürgermeister und den Stadtbaurat Witz. Herr Nitschke versicherte zwar, daß alle verständigen Bürger davon überzeugt seien, daß die Schuld am Ausbruch der Wasserkatastrophe niemandem beizumessen sei, dann aber begann er sofort wieder das jetzt im Stadtverordnetenrat schon so oft beobachtete Spiel, in der Tat die ganze Schuld auf den Magistrat zu wälzen. Es hieß wirklich die Zeit unserer Leser in unverantwortlicher Weise vergeuden, wollten wir heute noch einmal auf alle die Vorwürfe und ihre Widerlegung vom Magistrats-tische eingehen. Auch das törichte Gerede um das sogenannte Projekt des Domänenpächters Grzimek, das geradezu im Rahmen eines politischen Partei-Kampfes getrieben wird, hängt der Deffentlichkeit nachgerade zum Halbe heraus. Man merkt dabei doch allzusehr die parteipolitischen Absichten der Grzimekfreunde. Erwähnen wollen wir nur, daß der Vorwurf, unser Wasserdejnant habe die bereits bei Inbetriebsetzung unserer Grundwassererforung sich zeigende gewaltige Grundwasserabsenkung unverantwortlicher Weise nicht beachtet, vom Stadtbaurat Witz damit zurückgewiesen wurde, daß von einer übernormalen Absenkung gar keine Rede sein könne, da man das Grundwasser nur auf 5 Meter abgepumpt habe, während nach dem Ausschuhgutachten die Absenkung bis auf 6 1/2 Meter zulässig war. Im übrigen mag Herrn Witz gestern Abend nicht besonders wohl zumute gewesen sein; denn die Hiebe hagelten von allen Seiten auf ihn ein; Herr Bohlaue deutete an, daß ihm die Unübersichtlichkeit bei der Kalkulation der Filterkosten auffällig erschienen sei; Herr Nitschke zog mit aller Offenheit gegen ihn zu Felde und machte ihn in seinem spohhaften Eifer sogar mit fürchterlichem Aufwand stilkischen Ernstes für einen unfreiwilligen Witz verantwortlich, und unser Genosse Löbe gab ebenfalls die Erklärung ab, daß dem Genossen Schüg und ihm erscheint, als ob der Stadt-

baurat Witz bei Lösung der ihm gestellten Fragen erst nicht die erforderliche Uebersicht und Einsicht besessen habe. Der Oberbürgermeister versuchte seinen Stadtrat so gut es ging, herauszuhauen. Recht hatte er unbedingt insofern, als er erklärte, daß es der Stadtverwaltung und dem Wasserdejnant nach Eintritt der Katastrophe zu allererst darauf ankommen mußte, die Stadt mit möglichst einwandfreiem Wasser zu versorgen, und daß daneben die Frage, was aus der Grundwassererforung in Zukunft werden solle, zurücktreten mußte. Von diesem Standpunkte aus habe unser Wasserdejnant gehandelt, und dafür solle man den leitenden Personen Dank wissen.

Unser Genosse Löbe machte übrigens im Verlauf der Debatte den Oberbürgermeister darauf aufmerksam, daß die Mehrheit der Breslauer Prejorgane die Schwierigkeiten der Wasserfrage objektiv gewürdigt habe und die Seite nur vor einer Seite ausgehe, die andere sonst der Aufgeherei beschuldige. Trotzdem er und sein Kollege Schüg bei dem Stadtbaurat wie schon erwähnt Weitblick während der anderthalb Jahre der Katastrophe vermisst habe, ist bei ihnen von agitatorischer Ausnutzung derselben nie die Rede gewesen. Die Beratung in den Ausschüssen sei notwendig, um einiges Klarzustellen. Ihm sei mitgeteilt worden, daß die Breslauer Sandbaggerel-Gesellschaft einige Konkurrenten mit je 800 Mark abgefunden habe, um sich allein eine der Sandpfeifungen zu sichern. Solche Schiebungen zu untersuchen, sei bringend notwendig.

Der männermordende Streit zeitigte aber auch einige heitere Momente. Herr Witz leistete sich in seiner Aufregung nicht nur dem vom Pastor Nitschke so sehr übel vernommenen unfreiwilligen Witz, daß der Domänenpächter Grzimek nicht einmal die allererleментарsten Kenntnisse vom Pumpenbesitze, er sprach auch in der Verwirrung von seinem Chef Bender als vom „Herrn Ober“ und vom „Dermeister“. Besonders ergötlich war es aber, daß Herr Nitschke sich dadurch, daß der Oberbürgermeister zufällig einmal ihn bloß als einen einfachen Herrn Nitschke und nicht als einen Herrn Doktor angeredet hatte, sich auf einen Zuruf des Herrn Stein hin durch diese schreckliche Nichtachtung schwer beleidigt fühlte und nun vom Oberbürgermeister mit konstanter Boshaftigkeit als vom „Herrn Bender“ sprach. Eine besondere Ironie des Schicksals wollte es, daß ihm hierfür gerade sein Kraftionsfreund, der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Becker eine ernste Rüge erteilen mußte, während der Oberbürgermeister versicherte, daß es ihm ganz recht sei, wenn er vom Herrn Stadtverordneten Dr. Nitschke schlicht als „Herr Bender“ angeredet werde.

Um 6 1/2 Uhr, nach einstündiger Nebeschlacht, war die Debatte erschöpft. Die Ueberweisung an die Ausschüsse II und V wurde beschlossen und damit hatte die Sitzung ihr Ende erreicht.

* Die gestrigen Wahlen zum Kaufmannsgericht werden in erster Linie dem Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbande eine arge Enttäuschung gebracht haben. Denn trotz ihrer großen Mitgliederzahl und ihrer gewaltigen Kraftankrengung bei der Agitation vereinigten sie auf ihre Liste nur 430 Stimmen, die ihnen 6 Beisitzer brachten, während sie sicher auf die Hälfte aller Sitze spekuliert hatten. Einen Verlust hatte auch die Liste des auf modern gewerkschaftlichem Standpunkte stehenden Zentralverbandes zu verzeichnen; sie verloren zwei Sitze, erzielten aber, trotzdem sie an Mitgliederzahl der schwächsten Verband sind und trotzdem sie diesmal gegen 4, das vorige Mal nur gegen eine Liste standen, 142 Stimmen, auf die sie zwei Beisitzer erhielten: den Geschäftsführer Oskar Heymann und den Buchhalter Karl Theunert. Dem Leipziger Verbands fielen mit 343 Stimmen 5 Beisitzer zu, dem Handlungsgehilfenverband von 1774 ebenso viel Beisitzer auf 331 Stimmen, während die Liste der „Vereinigten Verbände“, zu denen außer den Hirsch-Dunderschen noch 10 andere Vereine gehören, bei 507 Stimmen 7 Beisitzer bekamen.

Bei der Wahl der Arbeiter erhielt die Liste I (vereinigte Verbände) 322 Stimmen. Es entfallen damit auf sie 13 Beisitzer. Liste II vereinigte auf sich 113 Stimmen; es entfallen auf sie 5 Beisitzer. Liste III (Barasch-Liste) hatte 131 Stimmen, wodurch 5 Beisitzer auf sie entfallen. Für Liste IV stimmten 50 Wähler. Es entfallen auf sie 2 Beisitzer, unter den Gewählten befindet sich unser Genosse Georg Frey.

kein Wasser mehr. Aus dem bayerischen Gebirge und dem bayerischen Walde werden insbesondere empfindliche Störungen vieler Papierfabriken, Mühlen und Sägemerke gemeldet. Falls nicht bald ergiebige Niederschläge kommen, ist eine ernste wirtschaftliche Notlage zu befürchten. — Aber nicht nur in Süd- und Westdeutschland ist Wassermangel vorhanden, wie seit Jahren nicht, auch Norddeutschland hat jetzt unter vielen Gassenorten zu leiden. Aus schwerer Preisen Schleswig-Holsteins liegen Berichte über schwere Wassermangel vor. Viele Brunnen versiegen. Die Versorgung der Menschen und Haustiere mit Wasser ist außerordentlich erschwert. — Aus Blauen im Postlande wird gemeldet, daß die hochgelegenen Stadteile ohne Wasser sind, so daß ihnen das unerlässliche Raß mit Wagen angefahren werden muß. Wasservergeudung wird mit Strafe bedroht, und die Einwohnerlichkeit ist zu größter Sparsamkeit beim Wasserverbrauch ermahnt worden. Auch in Adorf im Elsaß ist großer Wassermangel eingetreten.

Eines Redaktors Angst vor der Klage. Wie aus München gemeldet wird, hat der Redakteur des Berliner Lokal-Anzeigers, Sartorius, an Fräulein Olga Molitor einen Brief gerichtet, in dem er ihr ein Grundsätzliches Informations erheben Angreife gegen Olga Molitor (im Verlauf des Gau-Prozesses) auf das Lebhafteste bedauert und sie wegen der in dem Angriff enthaltenen schweren Beleidigung zum Verzeihen bittet. Angeregt hat der Redakteur die Zahlung sämtlicher Anwaltskosten übernommen und an Fräulein Olga Molitor eine Buße von 2000 Mk. gezahlt. Fräulein Molitor überwieß davon 1000 Mk. der Unterstützungskasse des Münchener Journalisten- und Schriftstellervereins und 1000 Mk. der ehemaligen Gutsbesitzerin Elise von Bräuler. Der Strafprozess gegen Sartorius wurde zurückgezogen.

Zwischen Leben und Tod. Als Donnerstag früh die Nachricht des Bergmanns Adam Ullrich, der seinerzeit einen Stinger ermorde hatte, in Dortmund laut wurde, traf prächtig ein Telegramm der Staatsanwaltschaft ein, das die Verhaftung inhihierte. Sämtliche Vorbereitungen waren

bereits getroffen. Ullrich wurde wieder in die Zelle abgeführt. Eine Begnadigung des Mörders war vom König abgelehnt worden. Was eigentlich die Ursache der Aufhebung ist, wird nicht mitgeteilt.

Wieder ein Opfer des § 175. Die Strafkammer München verurteilte den Direktor der Vereinigten Kaufmannsalten München-Kaufmannen, Paul Hiersl, wegen Vergehens gegen § 175, bezugnehmend auf einem dreizehnjährigen Lehrling und einem vierzehnjährigen Boten, zu einem Jahr Gefängnis bei vorläufiger Verhaftung. Die beiden jungen Leute wurden freigesprochen.

Ganz besondere Lederbissen sind in der Kanonenfabrik Eisen einsetzender, die den dierischen Byzantinerwagen ein ungewöhnliches Wohlbehagen bereiten müssen. Am Hause des Bildhauers Sidmann, Ecke des Marktes und der Chausseestraße, hingen zwei mächtige Bildhauereisen, an denen auf jedem Exemplar ein Markat mit der Aufschrift prangte: „Erlegt von Seiner Majestät dem Kaiser.“ Sind die nicht viel zu schade, greifen zu werden? Wäre es nicht patriotischer, man ließe diese Schwanzhinteren in Ewig legen und dann ins Museum bringen?

Meine Chronik. Der Vater Franz Freitag aus Hamburg verstarb, bevor von ihm getrennt lebende Frau zu erheben. Nach dem ersten Schuß, der fehl ging, stürzten sich die beiden Söhne auf ihn, um ihm die Waffe zu entreißen; dabei ging ihm der Revolver los (?) und die Kugeln trafen beide Söhne. Der jüngste Sohn wurde so schwer verwundet, daß er freien Verletzungen erlag. — Von dem im vorigen Monat dem Weinhaus „Königs“ der Berliner Firma Wöhrer nach Unterbringung von 35,000 Mk. durchgezogenen zwei Angestellten hat sich der Buchhalter Walter Reiche der Leipziger Polizei selbst gestellt. In seinem Besitze befanden sich noch 15,700 Mark. Von dem zweiten Durchstreicher hat man noch keine Spur. — In dem Geschäftshause der Firma Geam u. Co. in Gensfrath-Sollingen erfolgte, wahrscheinlich infolge Ausbruchs von Feuer im Paktum, eine Explosion von 75,000 in Laden der Firma lagernden Patronen. Das Haus ist niedergebrennt. Verloren sind nicht verzeilt. — Havelbraten sind die Hühner wieder in der Gegend von Spandau in Targelt. — Sonntag wurde von einem Uferwärtler bei Ziemeritz ein Paucken

Kohlenlager gestohlen. Der gesamte dort aufgespeicherte Vorrat von Steinkohlen, die einer Fabrik gehörten, ist in Röhre verladen und beiseite geschafft worden; von ihrem Verbleib fehlt jede Spur. — In Wien hat sich der Stadtbaurat Sturab, ein bekannter Baumeister, in einem Hotel erhängt. Der 45jährige Mann hinterließ eine Benachrichtigung für seine Familie, in der er die Frucht vor Wahnsinn als Ursache seines Selbstmordes angibt. — Ein fahner Einbruchsdiebstahl wurde in Budapest verübt. Die Täter drangen in den Laden des Juweliers Martin ein. Sie schürten Kenner von Juwelen zu sein, da sie nur die kostbarsten Stücke raubten. Den Dieben fielen Juwelen im Werte von 100,000 Kronen in die Hände. — Der Papst hat die Bornahme der kirchlichen Trauung des Herrn Vandenbilt mit der Prinzessin Maria Bonaparte abgelehnt.

Frankfurt.

Es stautete der Freifinnsstrom. Sechshundert Mann im Hippodrom. Der Einigung galt es im Reichen Wilms — In Frankfurt war lange nicht so viel los. Der Ehrenpräside schien Attinohausen. Und Tell-Worte liegen sie bligen und fausen, Worte, schlagend wie D-fenzler, Der Mannmann, der Müller, der Hausmann, der Wiem. „Seid einig, einig!“ ward beschossen Von den Frankfurter Eidgenossen. Die sechsstündig Mann applaudierten immer, Denn was mal nach Bälou kommt, . . . ist schlimmer. Und es schwenkte bei dem Schurz auf dem Hülli Jedweder sein Taschentuch oder sein Hülli. Und fest beschossen die Hülli-Stützen: Den Landvogt, den Landvogt, den Landvogt — zu schätzen! (Gottlieb im „Loo“)

